

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 Umwelt und Raumordnung
Referat Naturschutz
z.H. Frau Mag. Andrea Teschinegg
Stempfergasse 7
8010 Graz
Per E-Mail: naturschutz@stmk.gv.at

Landeskammer für Land- und
Forstwirtschaft Steiermark
Hamerlinggasse 3
8010 Graz
Tel. +43 316/8050
Fax +43 316/8050-1506
www.stmk.lko.at
recht@lk-stmk.at

Ing. Mag. Johannes Pommer
DW: 1228
johannes.pommer@lk-stmk.at
GZ: Re-311-Po-26

Graz, 5. Mai 2026

Betreff: Biber-Verordnung, 1. VO 2026, Begutachtung

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfes zur Stellungnahme und erlaubt sich diesbezüglich nachstehende Punkte aufzuzeigen:

Zunächst ist festzuhalten, dass die Landwirtschaftskammer Steiermark die beabsichtigte Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Entnahme des Bibers ausdrücklich begrüßt. Angesichts der fortschreitenden Ausbreitung des Bibers in der Steiermark, die sich insbesondere in der Zunahme der ihm zurechenbaren Schäden manifestiert, ist eine derartige Regelung als dringend geboten zu erachten. Es ist zwingend erforderlich, das Entstehen weiterer Schäden so weit wie möglich zu unterbinden. Andernfalls ist von einer erheblichen Beeinträchtigung bis hin zur ernsthaften Gefährdung der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Flächen auszugehen. In weiterer Folge wären auch die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, die Bereitstellung regionaler Produkte sowie die Aufrechterhaltung der regionalen Wertschöpfungsketten nachhaltig und in erheblichem Ausmaß gefährdet.

Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, dass der vorliegende Verordnungsentwurf diesen Anforderungen derzeit nicht ausreichend gerecht wird, weshalb aus Sicht der Landwirtschaftskammer Steiermark dringender Anpassungsbedarf besteht.

Zu den einzelnen Bestimmungen wird nachstehend wie folgt Stellung genommen:

Zur Verordnungsermächtigung bzw. gesetzlichen Grundlage der Verordnung:

Hinsichtlich der Verordnungsermächtigung bzw. der gesetzlichen Grundlage muss vorgebracht werden, dass sich die Verordnung lediglich auf die Z 3 des § 17 Abs 5 Stmk. NSchG („3. im Interesse der



Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt;“) stützt. Auch aus den Erläuternden Bemerkungen zum Verordnungstext ergibt sich, dass die Verordnung primär der Hintanhaltung von Konfliktfällen „im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur“ dienen soll. Unsererseits muss dahingehend dezidiert darauf hingewiesen werden, dass sich die Verordnung auch auf die Z 2 des § 17 Abs 5 NSchG („2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen, Gewässern und Eigentum;“) stützen muss. Mit der Verordnung muss insbesondere das Ziel verfolgt werden, Schäden im land- und forstwirtschaftlichen Bereich so weit als möglich hintanzuhalten und die Bewirtschaftung der Flächen zu sichern, um dadurch eine Versorgung mit heimischen land- und forstwirtschaftlichen Produkten sicherstellen zu können. Insbesondere auch deshalb, weil sogar in den Erläuternden Bemerkungen zum Verordnungsentwurf auf das Konfliktpotential im Hinblick auf die Land-, Forst- und Teichwirtschaft (z.B. durch das Fressen von Feldfrüchten, Fällen von Gehölzen, Grabaktivitäten und Dammbau etc.) abgestellt wird. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass sich auch die Steirische Fischotterverordnung auf diese gesetzliche Grundlage stützt. Eine vergleichbare Regelung findet sich zudem in der Verordnung der oberösterreichischen Landesregierung, in der auf die Abwendung erheblicher Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischwässern und Gewässern, abgestellt wird.

▪ **Forderung:**

Die Verordnung sollte sich auch auf Z 2 des § 17 Abs 5 NSchG stützen: „2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen, Gewässern und Eigentum;“ (dies ist bei der nunmehrigen Steirischen Fischotterverordnung der Fall)

Langtitel

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 30. März 2023 über die Ausnahme vom Verbot des absichtlichen Fanges und der absichtlichen Tötung von Fischottern (*Lutra lutra*)

Stamfassung: [LGBJ. Nr. 32/2023](#)

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund des § 17 Abs. 5 Z 2 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 2017, [LGBJ. Nr. 71/2017](#), zuletzt in der Fassung [LGBJ. Nr. 70/2022](#), wird verordnet:

§ 17 Abs. 5 Stmk. Naturschutzgesetz:

Sofern es keine andere Möglichkeit gibt und die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen, kann die Landesregierung von den Schutzbestimmungen des Abs. 2 und 4 Ausnahmen bewilligen oder verordnen:

1. zum Schutz der übrigen wild lebenden Tiere, wild wachsenden Pflanzen und Pilze und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume;
2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen, Gewässern und Eigentum;

3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt;

4. zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedlung und der für diese Zwecke erforderlichen Aufzucht;

5. unter strenger Kontrolle zur selektiven und beschränkten Entnahme oder Haltung einer begrenzten spezifizierten Anzahl von geschützten Exemplaren bestimmter wild lebender Tiere;

6. zu Zwecken der Errichtung oder Aufstellung von Bauten und Anlagen, die keine natürlichen Lebensräume der Tierarten des Anhangs IV lit. a der FFH-Richtlinie betreffen.

Zum Vorblatt sowie den Ausführungen im Rahmen der Problemanalyse:

Im Hinblick auf die Ausführungen im Vorblatt sowie insbesondere auf die Problemanalyse des vorliegenden Verordnungsentwurfs ist zunächst festzuhalten, dass darin selbst ausdrücklich auf den fortschreitenden Anstieg der Biberpopulation sowie auf die kontinuierliche Ausweitung seines Verbreitungsgebietes in der Steiermark hingewiesen wird. Zutreffend wird ausgeführt, dass diese Entwicklung unweigerlich zu einer Zunahme von Nutzungskonflikten führt. Insbesondere wird auch die fortschreitende Besiedelung bislang nicht betroffener Gebiete als Beleg für die anhaltende Ausbreitungsdynamik des Bibers angeführt. Ebenso wird im Entwurf selbst dargelegt, dass die im Zusammenleben von Mensch und Biber auftretenden Konflikte vielfältig und von erheblicher Tragweite sind. Nutzungskonflikte treten demnach in wesentlichen Bereichen der Kulturlandschaft auf, insbesondere in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft sowie im Wasserbau. Als konfliktverursachende Hauptaktivitäten des Bibers werden das Fressen von Feldfrüchten, das Fällen von Gehölzen, Grabtätigkeiten sowie der Dammbau genannt. Insgesamt wird somit die erhebliche Intensität und Breite der Problemlage im Entwurf selbst umfassend dargestellt.

Vor diesem Hintergrund ist jedoch fachlich nicht nachvollziehbar, weshalb in weiterer Folge ein derart komplexes und mehrstufiges System an Präventionsmaßnahmen vorgesehen wird, das vor der Setzung selbst vergleichsweise gelinderer Eingriffe in den Lebensraum des Bibers zwingend zu durchlaufen ist. Insbesondere die vorgesehene Verpflichtung zu mehrfachen Begutachtungen und Bewertungen durch Sachverständige führt zu einer erheblichen Verzögerung notwendiger Maßnahmen und bringt darüber hinaus auch einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich.

Ein Eingriff in die Biberpopulation ist nach dem vorliegenden Entwurf überhaupt erst dann zulässig, wenn durch amtsachverständige Feststellungen nachgewiesen wurde, dass sowohl geeignete und nachweislich zielführende Präventionsmaßnahmen als auch entsprechende Eingriffe in den Lebensraum des Bibers erfolglos geblieben sind. Selbst unter diesen Voraussetzungen ist ein Eingriff darüber hinaus lediglich innerhalb eines zeitlich eng begrenzten Rahmens zulässig. Besonders kritisch ist weiters zu beurteilen, dass bereits eine bloße Minderung des Nutzungskonflikts infolge gesetzter Präventionsmaßnahmen dazu führen soll, dass weitergehende Maßnahmen – insbesondere Eingriffe in den Lebensraum oder in die Population – gänzlich ausgeschlossen sind. Dies kann vor dem Hintergrund

der fortschreitenden Ausbreitung des Bibers und der damit einhergehende Zunahme der Konflikte nicht nachvollzogen werden.

Ein derart ausgestaltetes Verfahren ist angesichts der im Entwurf selbst dargestellten Dynamik und Dringlichkeit der Problemlage als nicht praxistauglich zu beurteilen. Es ist nicht geeignet, Nutzungskonflikte zeitnah und wirksam zu reduzieren und steht damit in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den zuvor ausführlich beschriebenen Herausforderungen.

Zu § 1 „Ziele und Geltungsbereich der Ausnahmen“:

Hinsichtlich der Ziele sowie des Geltungsbereichs der Verordnung kann zunächst auf die bereits einleitend dargelegten Ausführungen verwiesen werden. Darüber hinaus muss ausdrücklich festgehalten werden, dass sowohl sämtliche Naturschutzgebiete als auch in einem sehr weitreichenden Umfang Europaschutzgebiete – insbesondere jene, in denen der Biber als Schutzgut ausgewiesen ist, aber auch weitere ausdrücklich genannte Gebiete – vom Anwendungsbereich der Verordnung ausgenommen werden. Durch diese Herausnahme wird der Anwendungsbereich der Verordnung in erheblichem Maße eingeschränkt und in wesentlichen, typischerweise konfliktträchtigen Regionen faktisch ausgehöhlt. Eine wirksame Steuerung bzw. Reduktion von Nutzungskonflikten wird dadurch gerade in jenen Gebieten verhindert, in denen sie regelmäßig und in besonderer Intensität auftreten.

Seitens der Landwirtschaftskammer Steiermark wird daher mit Nachdruck gefordert, dass dieser generelle Ausschluss vom Geltungsbereich ersatzlos zu entfallen hat. Ein derart umfassender Ausschluss ist insbesondere bei Vorliegen eines günstigen Erhaltungszustandes der Biberpopulation sachlich nicht gerechtfertigt. Darüber hinaus ist fachlich nicht nachvollziehbar, dass selbst niederschwellige Maßnahmen, wie etwa Präventionsmaßnahmen, in diesen Gebieten unzulässig sein sollen. In der vorliegenden Ausgestaltung greift die Regelung somit ausgerechnet dort nicht, wo sie am dringendsten erforderlich wäre. Das erklärte Ziel der Konfliktentschärfung wird auf diese Weise verfehlt.

Zu § 3 und 4 „Präventionsmaßnahmen“, „Eingriffe in den Lebensraum“:

Im vorliegenden Entwurf wird vorgesehen, dass Präventionsmaßnahmen, die Entfernung von Nebendämmen, Drainagierungen sowie die Absenkung von Hauptdämmen jeweils unter bestimmten Voraussetzungen, ganzjährig möglich sein sollen.

Darüber hinaus sind Eingriffe in den Lebensraum des Bibers ausschließlich unter der Voraussetzung zulässig, dass ein Amtssachverständiger für Naturschutz zuvor ausdrücklich festgestellt hat, dass geeignete Präventionsmaßnahmen im Sinne des § 3 des Verordnungsentwurfs nachweislich wirkungslos geblieben sind. Zusätzlich wird die Möglichkeit derartiger Eingriffe durch eine strikte zeitliche Beschränkung auf den Zeitraum vom 1. September bis 31. März weiter eingeschränkt. Besonders restriktiv gestaltet sich die Regelung im Hinblick auf die Entfernung sogenannter „Hauptdämme“, die darüber

hinaus nur im Beisein eines Vertreters der für Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Einrichtung durchgeführt werden, darf. In ihrer Gesamtheit führen diese kumulativen Voraussetzungen zu erheblichen praktischen Hürden und erschweren eine zeitnahe und wirksame Konfliktbewältigung in nicht vertretbarer Weise.

Dahingehend wird unsererseits festgehalten, dass die vorgesehenen Regelungen insgesamt als äußerst komplex zu beurteilen sind und sich auch Widersprüchlichkeiten (insbesondere in den Erläuternden Bemerkungen) finden, zumal selbst Präventionsmaßnahmen nur nach Durchführung vorgelagerter, als zeitaufwendig einzustufender Verfahren zulässig sein sollen. Beispielsweise ergibt sich aus den Erläuternden Bemerkungen, dass die Fragestellung, ob im konkreten Fall ein Haupt- oder Nebendamm vorliegt, nur sachverständig festgestellt werden kann. Infolge müsste auch dem Ergreifen von Präventionsmaßnahmen im Sinne des § 3 Abs 1 zumeist eine Beurteilung durch einen Sachverständigen vorangehen. Zudem werden die Interessen einer ausreichenden Absicherung der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung im gegenständlichen Entwurf nicht in angemessener Weise berücksichtigt. Es sind jedenfalls entsprechende Regelungen bzw. Ausführungen entweder im Verordnungstext selbst oder in den erläuternden Bemerkungen aufzunehmen, die ausdrücklich der Absicherung der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung dienen und die Hintanhaltung von Schäden in diesem Bereich zum Ziel haben.

Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden, dass entsprechende Präventionsmaßnahmen seitens der öffentlichen Hand finanziert werden. Insbesondere deshalb, weil im Zusammenhang mit dem Verordnungsentwurf immer wieder ausgeführt wird, dass die Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der Biberpopulation im öffentlichen Interesse gelegen ist. In den Erläuternden Bemerkungen finden sich zwar Ausführungen hinsichtlich etwaig möglicher Fördermaßnahmen, diese sind jedoch als keinesfalls ausreichend anzusehen.

Zu § 5 und 6 „Eingriffe in die Biberpopulation“, „Kontingentierung“:

Der vorliegende Textentwurf sieht vor, dass eine Erlegung bzw. die Entnahme eines Bibers nur unter folgenden Voraussetzungen erfolgen darf:

- im Zeitraum vom 1. September bis 31. März und
- wenn seitens eines Amtssachverständigen für Naturschutz festgestellt wird, dass sowohl geeignete Präventionsmaßnahmen als auch geeignete Eingriffe in den Biberlebensraum wirkungslos geblieben sind.
- Darüber hinaus ist die Entnahme zahlenmäßig – 84 Biber pro Kalenderjahr – begrenzt.

Seitens der Landwirtschaftskammer Steiermark wird gefordert, dass eine Entnahme im Rahmen des festgelegten Kontingents ohne vorherige Begutachtung durch einen Amtssachverständigen sowie ohne Anwendung „gelinderer“ Mittel zulässig sein soll. Fachlich ist nicht nachvollziehbar, warum eine Prüfung gelinderer Mittel vorgeschaltet werden sollte, wenn der Erhaltungszustand der Biberpopulation generell als günstig bewertet wird und ein positiver Entwicklungstrend verzeichnet wird.

Darüber hinaus ist auch eine Erhöhung des Entnahmekontingentes dringend erforderlich. Insbesondere im Hinblick auf die zum Teil bereits bestehenden Regelungen anderer Bundesländer, erscheint das Entnahmekontingent in der Steiermark als gering. In den Erläuternden Bemerkungen des vorliegenden Verordnungsentwurfes wird angeführt, dass als Kontingent für einen Eingriff in die Population 4,5 % des Bestandes in der alpinen biogeographischen Region sowie von 9 % des Bestandes in der kontinentalen biogeographischen Region herangezogen wird, was der Hälfte der derzeitigen Zuwachsrate entsprechen würde. Demzufolge wäre eine Erhöhung des Kontingents unter gleichzeitiger Absicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der Biberpopulation möglich.

Ferner bzw. alternativ wird angeregt, dass eine Entnahme über das festgelegte Kontingent hinaus jedenfalls bei Gefahr im Verzug zulässig sein soll. Eine derartige Regelung ist beispielsweise bereits in der Kärntner Verordnung vorgesehen.

Zu § 7 „Meldepflichten, Kontrollen und Monitoring“:

Im Verordnungsentwurf sind derzeit sehr umfangreiche Meldeverpflichtungen vorgesehen, obwohl bei einem Großteil der nach der Verordnung zulässigen Maßnahmen ohnehin eine Beiziehung von Amtssachverständigen oder von durch das Amt der Steiermärkischen Landesregierung beigezogenen bzw. beauftragten Personen vorgesehen ist. Vor diesem Hintergrund sind diese Meldeverpflichtungen nicht nachvollziehbar, sachlich nicht erforderlich und lösen darüber hinaus lediglich einen erhöhten Verfahrensaufwand aus.

Zu § 8 „Zeitlicher Geltungsbereich“:

Das Außerkrafttreten der Verordnung ist im vorliegenden Begutachtungsentwurf mit 30. Juni 2031 festgelegt. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung sowie in weiterer Folge die Versorgung mit Lebensmitteln und regionalen Produkten nachhaltig abzusichern, erscheint eine derart befristete Regelung jedoch nicht ausreichend. Vielmehr ist aus fachlicher Sicht eine längerfristige, verlässliche Regelung erforderlich.

Darüber hinaus ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Verordnung ehestmöglich in Kraft treten muss, um das Entstehen weiterer Schäden wirksam und zeitnah hintanzuhalten. Eine Verzögerung des Inkrafttretens würde die bereits bestehende Problemlage weiter verschärfen und ist daher nicht vertretbar.

Abschließend ist zu erwähnen, dass vor dem Hintergrund steigender Biberpopulationen und des daraus resultierenden erhöhten Konfliktpotenzials ein dringender Bedarf an einer praxistauglichen Regelung besteht, die eine weitgehende Vermeidung von Schäden tatsächlich ermöglicht. Dies umso mehr, als in den Erläuternden Bemerkungen mehrfach angeführt wird, dass der Erhaltungszustand des Bibern als günstig einzustufen ist und ein „positiver“ Entwicklungstrend verzeichnet wird.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf ist jedenfalls nicht geeignet, dieser Notwendigkeit gerecht zu werden. Eine alternative Ausgestaltung wäre jedoch möglich, die unter Wahrung der Vorgaben des Schutzregimes der FFH-Richtlinie sowie des Naturschutzgesetzes eine effektivere Verhinderung von Schäden ermöglichen würde.

Mit dem Ersuchen um Berücksichtigung obiger Punkte.

Der Präsident:

Ök.-Rat MMSt. Andreas Steinegger



Der Kammerdirektor:

Dipl.-Ing. Werner Brugner